

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Anzeigenpreis Der 6 gesp. Millim.-Zeitraum 30 Pfg.
Der 4 gesp. Millim.-Zeitraum 1 M.
Die laufende Monatsausgabe wird vom Bezahler auf seine
Anzeigen in Zahlung genommen. Abrechnung über 50 Pfg. Porto
besonders. Norm. Anzeigenfuß 1 Uhr vorm. Fernspr. 100.
Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt und Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 152.

Dienstag, den 13. Juli 1920.

160. Jahrgang.

Tageschronik

Keine Einigung über die Kohlenfrage in Spa.
Die Entscheidung abermals vertagt.
Dr. Simons über die Undurchführbarkeit der Ent-
waffnung.
Verpflichtende Entwaffnungsmaßnahmen der Reichs-
regierung.
Erste Sitzung des Völkerbundes am 15. November.
Polen will das Abstimmungsresultat in Oden nicht
annehmen.
Einführung der Rumpfe durch Polen und Einstellung
von Waffenstillstandsverhandlungen.
Ausschluss Bedingungen zur Einstellung der Offensiv-
Der Streit in Mitteldeutschland vorläufig beendet.

Keine Einigung in der Kohlenfrage.

Neue Zuspitzung der Lage in Spa.

Auf der Spa-Konferenz ist in der Kohlenfrage ein
entscheidend Rückschlag eingetreten. Die Sonntag-Verhand-
lungen der beiderseitigen Sachverständigen, bei denen die
deutschen Vertreter bis tief in die Nacht hinein den Versuch
unternahmen, den Franzosen einige Zugeständnisse abzu-
erlangen, hatten so wenig günstigen Erfolg, daß die fran-
zösischen Experten wieder auf den Standpunkt des Dittais
zurückgekehrt sind, mit dem einzigen Zugeständnis,
daß die Kontrollkommission nicht berechtigt sein soll, die
Einzelheiten der deutschen Kohlenverteilung
zu kontrollieren. Besonders bezüglich der Höhe der
Behalten hat sich eine gewaltige Differenz herausgestellt.
Während Deutschland etwa eine Million Tonnen monatlich,
trotz der etwaiger höherer Produktion, liefern zu wollen
vermag, eventuell eine Quote von 44 000 Tonnen pro Arbeit-
tag, werden von Frankreich 2 1/2 Millionen Tonnen
monatlich verlangt. Dadurch wurde, noch ehe die
Sitzung begann, die deutsche Delegation einigermaßen aus
dem Gleichgewicht gebracht, umso mehr als man an der Aus-
arbeitung der Wirtschaftspläne in dem Geiste gearbeitet
hatte, daß jetzt das Stadium der Sachlichkeit eingeleitet
werde. Die Gefahr eines Abbruchs der Konferenz besteht
daher wie vor, wenn auch starke Einsätze im Gange sind, um
dies zu verhindern.

Der Vollständigkeit halber sei noch mitgeteilt, daß nach
einer Meldung aus Spa Militär und geistlich kein Emp-
fänger Interesse daran, Deutschland zu schwächen und kein Ge-
heim, ihr möglichstes zu tun, um es in wirtschaftlicher Hinsicht
zu untergraben. Die Konferenz werde Montag Abend zu
ende gehen. Dieser zynische Optimismus Millersands kam
nach dem Stand der Dinge nur so ausbleiben werden, daß
wieder durch ein Ultimatum aufzuweichen werden. Ob die
Vertreter Deutschlands den Mut anbringen werden, es damit
auf einen Abbruch der Verhandlungen ankommen zu lassen,
läßt sich heute sagen.

Der Bericht der alliierten Sachverständigen.
In der Kohlenfrage lautet: Die Sachverständigen der
Alliierten sind der Ansicht, daß die von den deutschen Delega-
tion vorgebrachten Ziffern nicht derart sind, daß sie
eine Änderung in den Dispositionen der am 9.
Juli mitgeteilten Protokolle rechtfertigen würden.

Die Entscheidung abermals vertagt.
Spa, 12. Juli. Die Montagsitzung der Chiefs der auf
der Konferenz vertretenen Regierungen trat um 14 Uhr in
der Villa La Princesse zusammen. Die endgültige Entschlei-
dung in der Kohlenfrage wurde auf Dienstag ver-
zögert. In der Reparationsfrage wurde die Einsetzung einer
internationalen Kommission beschlossen, die Dienstag vormittag
zur ersten Male zusammentritt. Die deutsche Delegation
sahle dazu nach den Vorhän, eine weitere Kommission für
die Ernährungsfrage einzusetzen. Die Sitzung wurde darauf
auf Dienstag nachmittags 3.30 Uhr vertagt.

Die Entwaffnung undurchführbar.

Eine Unterredung mit Dr. Simons.
In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Antran-
tant“ in Spa äußerte sich Außenminister Dr. Simons
am Sonntag über das Entwaffnungsproblem. Seine Aus-
sagen, die wir nachstehend nach dem Bericht des

Blattes wiedergeben, verdienen größte Beachtung. Dr.
Simons erklärte:

Die Entwaffnung der Alliierten in der Abrüstungs-
frage ist nicht durchzuführen. Die Zukunft wird es
den Alliierten selbst beweisen. Wir können ohne Gewalt-
anwendung nicht abtreten. Die Leute, die wir damit beauf-
tragen würden, die Abrüstung durchzuführen, würden von
denen, die sie entwaffnen sollen, selbst in kürzester
Zeit entwaffnet werden. Sie könnten außerdem keine
Arbeitsmöglichkeit finden, und deshalb würden sie von uns
keine Befehle entgegennehmen, um die Ab-
rüstung durchzuführen. Die Alliierten werden klar den Feh-
ler erkennen, den sie dadurch begingen, daß sie Deutschland
zwangen, die Stärke der Reichswehrgruppen herabzusetzen.
Wir werden versuchen, unsere Pflicht zu erfüllen. Aber ich
habe die absolute Gewißheit, daß dies unmöglich ist.

Simons sprach dann von den finanziellen Fähigkeiten
Deutschlands. Er erklärte, daß die Deutsche den fünf-
ten Teil des Bedarfs für 79 Prozent und die Franzosen
den Rest für 21 Prozent zu zahlen hätten. Zwei-
tens ist die Oberleitung unentbehrlich, damit Deutschland die ge-
forderten Leistungen den Alliierten liefern könne. End-
lich verhindere die Begehung der Kolonien die ausrei-
chende Ernährung Deutschlands. Diese drei Punkte verhin-
dern die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands, und
weil die Alliierten wünschen, daß Deutschland beauf-
tragt werden soll, die Abrüstung durchzuführen, müssen sie
die betreffenden Bestimmungen der Versailler Ver-
trags ändern. Simons erklärte, daß alle diese Fragen von
der Konferenz erörtert werden sollten. Was die Kohlenliefe-
rung an die Alliierten betrifft, so erklärte Simons, wenn
Deutschlands Bedarfs für 79 Prozent und die Franzosen
den Rest für 21 Prozent zu zahlen hätten, so werde dies noch
möglich sein. Gerech wäre es nur, daß Deutschland und
Frankreich in gleicher Weise hinsichtlich der Koh-
lenlieferung verhandelt werden. Belgien solle seine Kriegs-
entschädigung verlangen, richtiger, man solle auf die Beza-
hung seiner Kriegsschulden von alliierten Seite verzichten,
seine zerfallenen Gebiete sollten wiederhergestellt werden, sonst
aber würde Belgien nichts anfechten werden, da es bereits
seine wirtschaftlichen Aufschwung verzeichnen könne.

Inangriffnahme der Entwaffnungsaktion.

Von belinformatierter Seite erklärt unser Berliner Ver-
treter: Sofort nach Niederlage der deutschen Vertreter aus Spa
wird die Regierung die Entwaffnungsaktion einleiten. Dem
Reichstag soll ein Gesetz vorgelegt werden, das
strenge Strafen für die Zurückhaltung von
Waffen vorsieht. Außerdem wird ein Gesetz über die Ab-
fassung der Alliierten in einem Wechselschritt ein-
geleitet und eine gesetzliche Regelung über das Wesen der
Sicherheitspolizei und Einwohnerwehr getroffen. Die Ent-
waffnung der Einwohnerwehr und der Sicherheitspolizei
wird sofort durchgeführt.

Die Entwaffnung der Sicherheitspolizei.

Zur Frage der von der Entente geforderten Ent-
waffnung der Sicherheitspolizei verlaute von ausländischer Seite:
Die Forderungen der Entente, die ausdrücklich eine Ent-
waffnung und nicht Auflösung der Sicherheits-
polizei verlangt, ist nur so zu verstehen, daß von den Alliierten
die Aufgabe der schweren Bewaffnung verlangt
wird, die notwendigen Schutzmaßnahmen (Pistolen und Karabiner)
aber den Mannschaften belassen werden können. Die
Sicherheitspolizei, deren Ausrüstungswaffen weit über-
schätzt wird, verfügt nach Angabe der ausländischen Seite über die
ein leichtes Feuergerät für 7 Hunderttausend. Außerdem
sind in geringer Zahl Minenwerfer vorhanden. Von Berlin
aus ist ein Ausrüstungsvertrag an sämtliche Sicherheits-
polizeistellen im Reich abgeschlossen, in welchem gesagt wird,
die Angehörigen der Sicherheitspolizei hätten für ihre Zu-
kunft nichts zu fürchten.

Mißwender Militarismus — in Frankreich!

Paris, 12. Juli. (Sabas). Der Senat nahm heute
vormittag mit 288 Stimmen den Bescheidungsbeschluss über die
obligatorische überzählige Erziehung als
Vorbereitung zum Militärdienst an und vertagte
sich darauf bis zum 30. Juli.

Ententekontrolle der pflanzlichen Eisenbahn.

Die internationale Rheinland-Kommission in Ludwigshafen
hat angeordnet, daß auf allen Strecken der pflanzlichen
Eisenbahnen technische Ententeeinsatzer in
Spezialzügen zu unternehmen haben.

Die erste Volkssitzung des Völkerbundes.

Washington, 11. Juli. (Neuter). Amtlich. Die
erste Zusammenkunft der Völkerbundesversammlung ist auf
den 15. November festgesetzt.

Wo soll das hinaus?

Zunächst einige tatsächliche Feststellungen:
Der Zentrumsgewählte Alletto führte in der 174.
Sitzung der Nationalversammlung vom 28. April 1920 als
Berichterstatter über die Beamtenbesoldungsvorlage aus:
„Bei der Post befinden sich etwas mehr als 40 000 auf
Zeit und Dauer angestellte Ausbesetzer zu viel, und bei
der Eisenbahnverwaltung sollen es sogar weit über
100 000 sein. Ich kann das im einzelnen nicht nachprüfen.
Aber das ist leicht festzustellen, daß in den verschiedenen Ver-
triebsstellen derartige Kräfte überschüssig und nicht vollbe-
schäftigt sind. Die Beamtenbesoldung sagt daher — und
im Ausschuss ist das auch von den Politikern gefordert wor-
den — hier müssten Reformen einleiten, diese Kräfte müssten
entlassen werden, das heißt aber nicht grauam und unlosig
sie auf die Straße stellen, sondern sie unterbringen in Betrie-
ben, wo die Arbeitskräfte fehlen; das ist die Landwirtschaft,
das sind die Südbetriebe, das sind die Kleingewerblichen Betriebe.
Überall mangelt es an Ar-
beitskräften, und bei den großen Betriebsinstituten hat man
deren zu viel.“

In Nr. 85 des „Amtsblattes des Staates Hamburg“
vom 20. April 1920 ist zu lesen:

„Der Samburgische Staat beschäftigt am 1. September
1919: 26 557 Beamte, 13 724 Angestellte höherer Ordnung
und 28 686 sonstige Angestellte und Arbeiter. Der jährliche
Gesamtaufwand für diese Kräfte betrug fast zu dem ge-
nannten Zeitpunkt auf 343 573 074 M., wovon 129 560 941
Mark auf Gehälter und Löhne und 214 012 133 M. auf
Zuwendungen zufließen. Diese Ausgaben, bei denen die
einmaligen Zuwendungen außerordentlich gelassen sind,
haben in der Höhe der Erhöhung der laufenden Zuwen-
dungen erforderlich geworden. Mehrbedarf beträgt jetzt
136,2 Millionen Mark. Eine weitere außerordentliche
Erhöhung wird durch die bevorstehende Gehaltsreform
eintreten. Die Aufwendungen für die im Dienste des Samburgischen
Staates beschäftigten Personen gehen schon jetzt weit über
die gesamten ordentlichen Einnahmen des Staates hinaus.“

Regierungsamt Altona schreibt in einer Abhandlung: „Zur
Reform der Angestelltenversicherung und der übrigen Sozial-
versicherung, Berlin 1919“:

„Bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte
in Berlin wird die Zahl von 100 höheren (juristischen) und
von 3000 mittleren Beamten demnächst erreicht sein. In den
Landesversicherungsanstalten sind 200 höhere (juristische) und
4000 mittlere Beamte beschäftigt. Die Angestelltenversicherung
umfaßt, wie angenommen wird, 15 Millionen Mitglieder. Die
Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ist für 10 bis 12
Millionen Mitglieder vorgesehen. Die Landesversicherungsanstalt
für Angestellte ist für 10 bis 12 Millionen Mitglieder vorgesehen.
— Es ist nach diesem allen wohl anzunehmen, daß die Reichs-
versicherungsanstalt von den 1600 Beamten ihrer Buchungs-
abteilung mindestens 1400 entbehren könnte, wenn
sie statt ihres zentralisierten Buchungsverfahrens das bei den
Landesversicherungsanstalten übliche Verfahren einführen
würde.“

Der Zentrumsgewählte Trimborn hat in der 4. Sitzung
des Reichstags vom 30. Juni 1920 festgestellt:

„Die Provinz Schlesien ist geteilt worden in Ober-
schlesien und Niederschlesien. Die ganze Provinz hatte
5 Millionen Einwohner. Nun hätte man annehmen sollen,
daß in der neuen Provinz Niederschlesien mit Breslau als
Hauptstadt, die nördlich von 3 Millionen Einwohner hat,
eine geringere Zahl von Beamten notwendig wäre als
früher. Aber nein, der alte Apparat ist in Breslau
überdimensioniert geblieben, obgleich er jetzt nur für drei
Millionen Einwohner zu sorgen hat.“

Für Oberschlesien wurde neben dem Oberpräsidenten ein
Staatskommissar ernannt. Kaum war er da, so ent-
stand über Nacht ein gewaltiger Apparat von Be-
amten mit 5 Abteilungen.

Dann ein weiteres interessantes Faktum! Es ist mir
von einem sehr hohen Beamten zuverlässig mitgeteilt worden,
daß bei den Organisationen, die für die Arbeitslosen
und die Erwerbslosen sorgen müssen, in einer Stadt 31 Be-
amte für 315 Erwerbslose vorhanden sind, in einer dritten
Stadt 4 Beamte für 6 Erwerbslose.“

Wir werden ferner herab, daß in dem neuen Etat für
1920 in dem Etat für die 3 ersten Monate April—Juni an
neuen Beamtenstellen rund 60 000 und daß in dem
dem neuen Reichstag jetzt vorgelegten Etat von Juli—Ok-

